

# Plötzlich droht der Auszug aus Pflegeheim

96-jährige Selbstzahlerin kann Kosten nicht mehr aufbringen / Sozialbehörde springt nicht ein

VON MICHAEL MIX

**Achim** – Die Aufgabe der eigenen Wohnung und der Umzug ins Seniorenzentrum ist für die allermeisten schon schlimm genug. Oft kommen aber auch noch finanzielle Probleme hinzu. Denn ein Platz im Heim kostet eine Menge Geld. Mitunter treten unerwartete Finanzierungslücken auf, so wie bei Irene Weigt, die seit sechs Jahren in der Seniorenresidenz am Paulsberg lebt. „Jetzt sind die Ersparnisse meiner Mutter aufgebraucht. Ihre Rente reicht nicht aus, um den Heimplatz im vollen Umfang zu bezahlen“, erzählt ihre Tochter Elfriede Ullrich.

„Und mein Bruder und ich sind auch nicht in der Lage, etwas beizusteuern.“ Ullrich ist fassungslos: „Meiner 96-jährigen, demen- ten Mutter droht der Auszug.“ Aber wie kann das sein? Das Problem seien die sogenannten Investitionskosten für das „Komfortzimmer“ in Höhe von 26 Euro pro Tag. Zusammen mit dem Eigenan-



Die Seniorenresidenz am Paulsberg ist zu keinem Entgegenkommen bereit.

FOTOS: MIX

teil für die Pflege, Unterkunft und Verpflegung belaufe sich der jeden Monat zu zahlende Betrag auf knapp 1900 Euro. Leider habe die Seniorenresidenz am Paulsberg ihre Bitte abgelehnt, die im Ermessen des Heims liegende Höhe der Investitionskosten zu senken, berichtet Ullrich. Einrichtungsleiterin Kerstin Buchholz wollte sich zu der Angelegenheit auf Nachfrage

dieser Zeitung nicht äußern. Bernd Dannheisig, Leiter der Sozialbehörde beim Landkreis, zeigte sich dagegen auskunftsfreudig. „Der Gesetzgeber hat zugelassen, dass die Heime unterschiedliche Investitionssätze in Rechnung stellen dürfen“, klärt er auf und übt damit leise Kritik an der „großen“ Politik. Für Sozialhilfeempfänger schließen die Einrichtungen

und die Sozialbehörde nach seinen Angaben Vergütungsverträge. Dabei liege der Investitionsbetrag zwischen 14 und 16 Euro pro Tag. Für Selbstzahler wie Irene Weigt könnten die Heime jedoch höhere Kosten in Rechnung stellen, „meist sind das um die 18 Euro“. Und auch, wenn die Bewohnerin, wie in diesem Fall, plötzlich nicht mehr über die nötigen Mittel



Entsetzt: Elfriede Ullrich mit ihrer Mutter Irene Weigt.

verfüge, sei es unzulässig, die finanzielle Lücke über Sozialgeld zu stopfen, informiert Dannheisig. Angehörige könnten einen Beitrag leisten, gesetzlich verpflichtet seien sie dazu nicht. „Wir empfehlen den Leuten, auf die Heimleitung zuzugehen, um sich auf geringere Kosten zu einigen. Manche Einrichtungen machen das, andere nicht.“

Eine andere Möglichkeit wäre, nach einer alternativen Unterbringung zu suchen. Die Tochter von Irene Weigt hat das gemacht. „Das Awo-Seniorenzentrum an der Leipziger Straße wäre zu einem finanziellen Entgegenkommen bereit“, sagt Elfriede Ullrich. „Allerdings gibt es dort derzeit einen Aufnahmestopp, weil Pflegekräfte fehlen.“